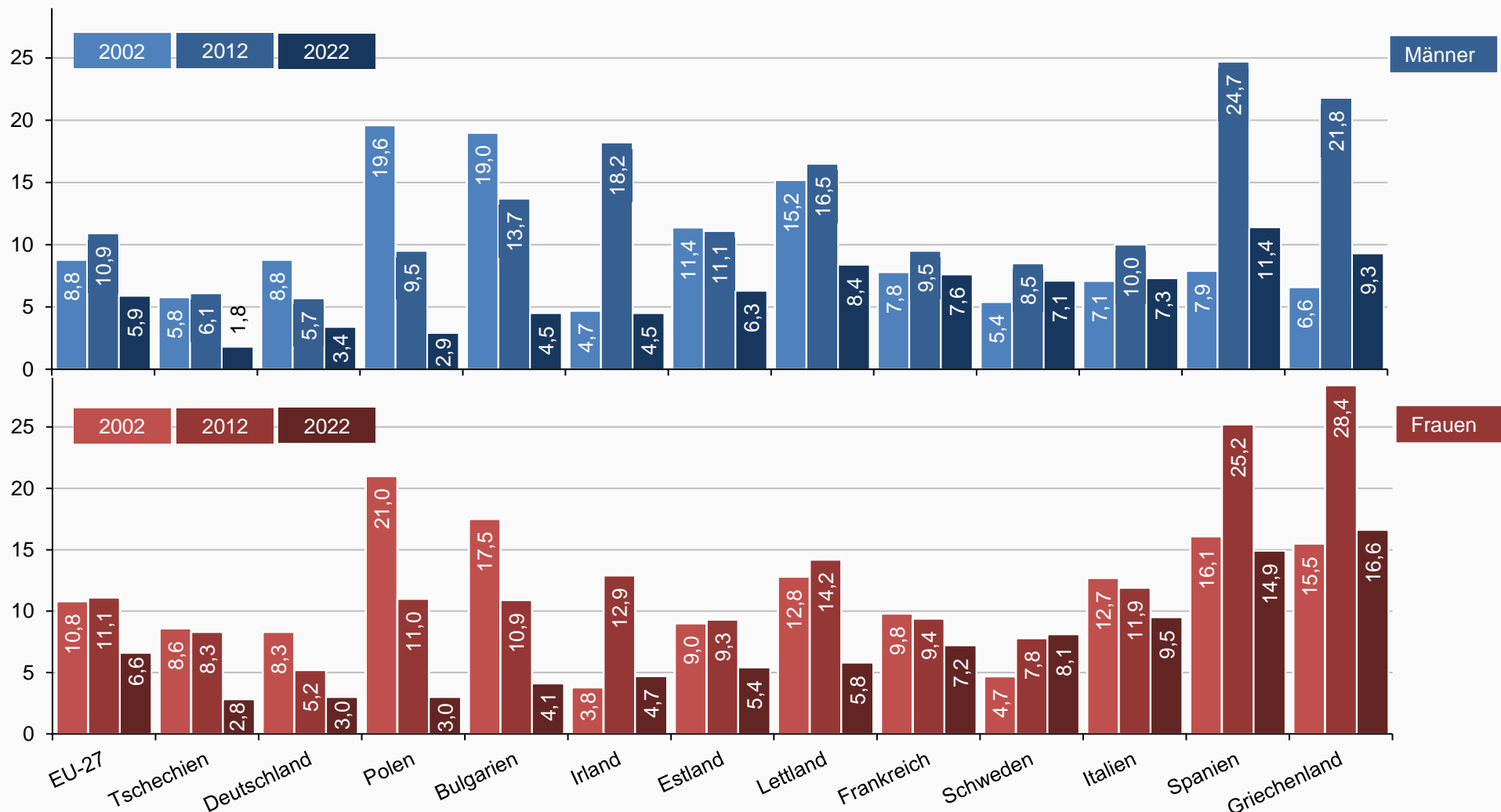


■ Arbeitslosenquoten nach Geschlecht in ausgewählten EU-Ländern 2002 - 2022¹



Anteil der Arbeitslosen in % der jeweiligen Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre)



¹ Zeitreihenbrüche bei allen Ländern

Quelle: Eurostat (2023): Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE/LFS)



Arbeitslosenquoten nach Geschlecht in ausgewählten EU-Ländern 2002, 2012 und 2022

Die Arbeitslosenquote der Männer lag in den EU-27-Ländern im Jahr 2022 bei 5,9 %. Vergleicht man die Quoten zwischen ausgewählten EU-Ländern, zeigen sich deutliche Unterschiede: Tschechien weist mit 1,8 % die niedrigste Quote auf, gefolgt von Polen und Deutschland. Spanien weist dagegen mit 11,4 % die höchste Quote auf, Griechenland mit 9,3 % die zweithöchste. Im Verlauf der Jahre zwischen 2002 und 2022 zeigen sich ebenfalls unterschiedliche Entwicklungen. In einigen Ländern sind in allen Jahren Rückgänge zu verzeichnen, darunter in Polen und Bulgarien die stärksten Rückgänge. In anderen Ländern ist nach der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 auch im Jahr 2012 noch immer der deutliche Anstieg zu vermerken, auf den einen Rückgang folgt wie in Irland, Spanien und Griechenland. Wiederum andere Länder wie Frankreich, Schweden und Italien weisen ohnehin nur geringe Veränderungen auf. Insgesamt weisen vier der zwölf ausgewählten Länder im Jahr 2022 höhere Arbeitslosenquoten als im Jahr 2002 auf (Schweden, Italien, Spanien und Griechenland). Zu beachten ist, dass in vielen Ländern zwischen den Jahren 2002 und dem hier nicht dargestellten Jahr 2008 ein (wechselvoller) Rückgang zu beobachten war, wie sie für die Gesamtquote ebenfalls zu beobachten ist (vgl. [Abbildung X.18](#)). Zudem zeigten sich die Folgen der COVID-19-Pandemie meist als schwacher Anstieg in den Jahren 2020/2021.

In den EU-27-Ländern waren im Jahr 2022 mit 6,6 % der weiblichen Erwerbsbevölkerung etwas mehr Frauen als Männer arbeitslos. Bei den Frauen zeichnet sich in der Rangfolge der Arbeitslosenquoten im Jahr 2022 jedoch ein ähnliches Bild wie bei den Männern ab. Auch bei ihnen lassen sich die niedrigsten Quoten in Tschechien (2,8 %), Deutschland und Polen (beide 3,0 %) finden. Demgegenüber weisen Griechenland (16,6 %) und Spanien (14,9 %) die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit unter Frauen auf. Auch hier zeigen sich zwischen den Jahren 2002 und 2022 unterschiedliche Verläufe, die jedoch denen der Männer oft ähneln. Die deutlichsten Rückgänge sind wie bei den Männern in Polen und Bulgarien zu beobachten. Und auch die Länder mit starken Ausschlägen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 sind bei den Frauen Irland, Spanien und Griechenland. Abweichungen von den Entwicklungen der Männer zeigen sich bspw. in Frankreich und Italien, wo bei den Frauen in allen drei Jahren Rückgänge zu verzeichnen sind, jedoch bei den Männern je leicht Anstiege zum Jahr 2012. Bei den Frauen weisen drei der zwölf ausgewählten Länder im Jahr 2022 höhere Arbeitslosenquoten als im Jahr 2002 auf (Irland, Schweden, und Griechenland). Zu beachten ist, wie bei den Männern, dass die wechselvolle Entwicklung zwischen den hier dargestellten Jahren, wie sie sich in der Gesamtquote andeutet (vgl. [Abbildung X.18](#)).

Vergleicht man die Arbeitslosenquoten der Männer und Frauen der Jahre 2002 und 2022 innerhalb der einzelnen Länder, lässt sich feststellen, dass in zehn der zwölf Länder die Arbeitslosenquoten im Jahr 2022 näher beieinander lagen als noch vor 20 Jahren. In immerhin zwei Drittel der ausgewählten Länder weichen die Quoten maximal +/-1 Prozentpunkt voneinander ab. Nur in Griechenland (+7,3 Prozentpunkte), Spanien (+3,5 Prozentpunkte) und Italien (+2,2 Prozentpunkte) liegt die Quote der Frauen noch nennenswert höher. In Lettland dagegen liegt die Quote der Frauen um 2,6 Prozentpunkte niedriger als die der Männer.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit insbesondere der Frauen kann nur in Verbindung mit der Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Frauen sinnvoll betrachtet werden. So hat die Erwerbstätigkeit der Frauen in den vergangenen zwanzig Jahren in allen Ländern (deutlich) zugenommen (vgl. [Abbildung X.13](#)). Die zunehmende Erwerbsneigung von Frauen, auch in den krisengebeutelten südeuropäischen Ländern, wird durch eine Reihe von sozioökonomischen Faktoren bedingt. Vor allem die Rolle der Frau in der Ehe hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert, indem der Mann nicht mehr automatisch der alleinige Versorger der Ehe bzw. der Familie ist. Des Weiteren hat sich die schulische und berufliche Ausbildung der Frauen verbessert, weshalb auch der Wunsch nach mehr Eigenständigkeit, finanzieller Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung wächst. Daher wollen immer mehr Frauen, Berufstätigkeit und Kindererziehung miteinander verbinden. Kommt es nach der Geburt von Kindern zu einer Erwerbsunterbrechung, so fällt diese kürzer aus als früher, da eine schnellere Rückkehr in den Beruf angestrebt wird. Der steigende Erwerbswunsch der Frauen drückt sich teilweise auch in steigender Arbeitslosigkeit aus, wenn er nicht erfüllt werden kann. Andererseits bedeuten niedrige Arbeitslosenquoten von Frauen nicht automatisch, dass diese erwerbstätig sind. So sind bspw. in Polen zwar mit 3,0 % der Frauen nur sehr wenige arbeitslos, es sind jedoch auch nur 65,4 % der Frauen erwerbstätig (vgl. [Abbildung X.13](#)). Der Rest stellt sich somit nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, ob aufgrund des eigenen Rollenverständnisses und eigener Entscheidung oder aufgrund fehlender Möglichkeiten bspw. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist offen. In Schweden und Estland dagegen mögen zwar die Arbeitslosenquoten der Frauen etwas höher liegen, die Erwerbstätigenquoten liegen aber ebenfalls hoch. In diesen Ländern ist somit von einer deutlich höheren Erwerbsorientierung der Frauen auszugehen.

Hintergrund

Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquoten verhalten sich zyklisch und folgen im Wesentlichen der allgemeinen Konjunktur. Allerdings kann sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusätzlich durch andere Faktoren wie politische Maßnahmen, Veränderungen der Erwerbsbeteiligung, verlängerte Ausbildungsphasen oder demografische Veränderungen beeinflusst werden.

Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator, der sowohl eine soziale als auch eine wirtschaftliche Komponente hat. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen mit Einkommensverlusten verbunden und für den Staat mit einer zunehmenden Belastung durch die Ausgaben für Sozialleistungen und durch sinkende Steuereinnahmen.

Neben den nationalen Programmen gegen Arbeitslosigkeit, vereinbarte die EU im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ (nach dem Lissabonner Gipfel im Frühjahr 2000) die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS), um die Ziele Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze zu erreichen. In diesem Zusammenhang gab es eine Reihe von Maßnahmen, die Beschäftigung fördern und Arbeitslosigkeit verringern sollten, u. a.: Förderung eines lebenszyklusbasierten Ansatzes in der Beschäftigungspolitik, Förderung des lebenslangen Lernens, bessere Unterstützung von Arbeitssuchenden und die Gewährleistung von Chancengleichheit.

Durch die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, integrierte die Europäische Kommission im Jahr 2010 die EBS in die neu verabschiedete „Strategie Europa 2020“, die im Wesentlichen ein höheres Wirtschaftswachstum als Zielsetzung hatte, und setzte sich etwas allgemeinere Kernziele als noch bei der Lissabon-Strategie:

- Bis 2020 sollten 75 % der 20- bis 64-Jährigen eine Beschäftigung haben
- Generelle Erhöhung der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern
- Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Förderung der Arbeitsplatzqualität
- Steigerung der Qualität und Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung oder zu einer gleichwertigen Bildung
- die Schulabbrecherquote sollte auf unter 10 % sinken
- 40 % der 30-34-Jährigen sollten einen Hochschulabschluss vorweisen können
- 20 Mio. Menschen weniger sollten durch Armut und soziale Ausgrenzung bedroht sein.

Angesichts der sehr allgemein gehaltenen und auf die gesamte EU bezogenen Ziele sowie der unterschiedlichen nationalen Ausgangsvoraussetzungen und Herausforderungen, überrascht es wenig, dass die erhoffte Wirkung in den einzelnen Ländern teilweise nicht eintrat. Weder im EU-Durchschnitt noch in 14 der 27 Länder wurde im Jahr 2020 eine Erwerbstätigenquote der 20 bis 64-Jährigen von 75 % erreicht. Jedoch weisen alle Länder seit dem Jahr 2011 einen Anstieg der Erwerbstätigenquote auf. Unter den Ländern mit besonders hohen Anstiegen sind vor allem Länder des ehemaligen Ostblocks (bspw. Lettland, Litauen) sowie Ungarn und Malta als Länder mit den höchsten Anstiegen (+17,7 und 17,6 Prozentpunkte). Bezogen auf die Entwicklung der Erwerbstätigenquote von Frauen ist festzustellen, dass es in keinem Land zu einem Rückgang kam. Insgesamt ergibt sich in den EU-27-Ländern im Durchschnitt ein Anstieg zwischen den Jahren 2011 und 2021 von 5,9 Prozentpunkten. Kritisch anzumerken ist, dass die Ziele der EBS auch durch eine Ausweitung nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden konnten, was aus volkswirtschaftlicher Sicht wenig wünschenswert ist.

Im März 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission einen [Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte](#), in dessen Kontext drei konkrete Kernziele mit Unterpunkten für das Jahr 2030 vorgeschlagen wurden:

- Mindestens 78 % der 20- bis 64-Jährigen sollen erwerbstätig sein
 - Die geschlechtsspezifischen Beschäftigungsunterschiede sollen im Vergleich zum Jahr 2019 mindestens halbiert werden
 - Das Angebot an formaler frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung soll erhöht werden (Vereinbarkeit Familie und Beruf)
 - Der Anteil der 15- bis 29-Jährigen, die weder in Beschäftigung noch Bildung oder Ausbildung sind, soll auf 9 % reduziert werden
- Mindestens 60 % aller Erwachsenen sollten jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen
 - Mindestens 80 % der 16- bis 74-Jährigen sollen über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen
 - Der Anteil der frühen Schulabgänger soll weiter reduziert und die Teilnahme an der Sekundarstufe II erhöht werden

- 15 Mio. Menschen weniger sollen durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedroht sein, darunter mindestens 5 Mio. Kinder

Im Mai 2021 erklärten die Staats- und Regierungschefs beim Sozialgipfel in Porto sowie im Anschluss die Mitglieder des europäischen Rates ihre Unterstützung für die im Aktionsplan festgelegten Kernziele für das Jahr 2030. Auch verschiedene Institutionen und Organisationen (u.a. das Europäische Parlament) bekräftigten ihr Engagement.

Methodische Hinweise

Die Daten zur Arbeitslosigkeit beruhen auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE; Labour Force Survey - LFS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat). In Deutschland ist die Befragung in den Mikrozensus integriert.

Die Arbeitslosenquote beschreibt den prozentualen Anteil der Zahl der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung (Beschäftigte und Arbeitslose). Abweichungen zur Arbeitslosenquote der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Deutschland ergeben sich aus unterschiedlichen methodischen Vorgehensweisen. Während die BA mit den registrierten Arbeitslosen rechnet, verwendet Eurostat zur besseren internationalen Vergleichbarkeit die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von Arbeitslosigkeit, der zufolge drei Kriterien vorliegen müssen: Die betroffene Person ist keiner mit einem Einkommen verbundener Tätigkeit nachgegangen (auch nicht selbstständig), aktiv auf Arbeitsuche und für eine Beschäftigung verfügbar. Die Person muss außerdem innerhalb von zwei Wochen für den Arbeitsmarkt verfügbar sein. Eine Registrierung beim Arbeitsamt ist hingegen nicht erforderlich.

Auf Grund einer europäischen Richtlinie zur Verbesserung der Vergleichbarkeit zwischen den Ländern, gab es 2021 für alle Länder einen Zeitreihenbruch, sodass die Werte nur eingeschränkt mit denen des Vorjahres vergleichbar sind.